



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen, liebe Leser, mit diesem Newsletter geht die 18. Legislaturperiode zu Ende. Zum Abschluss haben wir eine kontroverse und dennoch auch sachbezogene Debatte zum Thema „Ehe für alle“ erlebt. Mein persönliches Statement dazu können Sie auf der nächsten Seite nachlesen.

Diese Woche war die letzte reguläre Sitzungswoche des Deutschen Bundestages. Wir kommen allerdings Anfang September noch einmal für zwei Tage zusammen, um den Haushalt für das kommende Jahr zu beschließen. Auch dieses Budget wird wie in den letzten Jahren ohne neue Schulden auskommen.

In diesen Tagen ist der Startschuss für den Aufbau eines Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung in Berlin erfolgt. Dort sollen in enger Zusammenarbeit von universitären und außeruniversitären Einrichtungen die Folgen der letzten großen Wanderbewegungen erforscht werden. Dafür stehe bis 2020 6,8 Millionen Euro zur Verfügung.

Für mich beginnt nun der Bundestagswahlkampf. Wegen der Sommerferien wird die heißeste Phase in Brandenburg aber erst im September beginnen. Wie Sie alle wissen, werde ich erneut für den nächsten Bundestag kandidieren. Insbesondere möchte ich die erst zu einem kleinen Teil angefangene notwen-

dige Reform in der Kinder- und Jugendarbeit (SGB VIII) weiterhin begleiten und zu einem guten Abschluss bringen.

Für meine weitere Tätigkeit als Abgeordneter bitte ich Sie alle um Ihre Unterstützung. Bitte gehen Sie am 24. September wählen und nehmen Sie alle Ihre Freunde und Bekannten mit. Das Recht, frei wählen zu dürfen, ist ein hohes Gut. Dieses Recht sollten wir bewusst wahrnehmen.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre.

Ihr

Illegale Organentnahme

Das gewerbsmäßige „Ausweiden“ von als Staatsfeinden definierten Menschen muss weltweit bekannt gemacht und bekämpft werden. Mit Anwälten, Medizinern, Experten, Juristen und Enthüllungsjournalisten habe ich das Thema öffentlich gemacht und über die AG Menschenrechte der CDU/CSU-Fraktion noch im vergan-

genen Jahr den Entschließungsantrag „Rechtswidrige Organentnahme und illegalen Organhandel weltweit stoppen“ initiiert. Der von der AG Menschenrechte in den letzten Monaten vorbereitete Entwurf dieses Antrages hatte dann ein tatsächlich unverständliches monatelanges, schwieriges Prozedere hinter sich und ist

leider am Veto der AG Außen, die den Mangel an stichhaltigen Quellen für die genannten Vorwürfe und die für sie knapp bemessene Zeit für die Mitberatung monierte, gescheitert.

Ich bedauere es sehr, dass dieses so wichtige Anliegen in dieser Wahlperiode nicht umgesetzt werden konnte. Eine verpasste Chance. Dürfen wir weiter schweigen?

Die Ehe war und ist eine Verbindung zwischen Mann und Frau

Die Ehe ist von alters her eine selbstbestimmte, von der Kirche bestätigte Verbindung zwischen Mann und Frau. Unverzichtbare Voraussetzung für ihre Wirksamkeit war und ist der Wille zu leiblichen Kindern. Wenn die Politik zu einer „Ehe“ zwischen gleichgeschlechtlichen Menschen nun die Zustimmung gegeben will, löst sie sich völlig von dem tradierten kirchlichen Eheverständnis. Diese Ehe ist dann etwas anderes. Wir sollten sie, wie im Kulturkampf, als Bismarck sie unter stattliche „Obhut“ nahm, als zivil bezeichnen. Oder die Ehe nach dem kirchlichen Verständnis dann auch kirchliche Ehe oder sakramentale Ehe nennen.

Ich habe die Debatte um die EHE für ALLE mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Und ich bin betroffen, dass KINDER in der Debatte keine Rolle spielten. Dabei ist die Ehe gerade die Möglichkeit oder Unmöglichkeit aus der natürlichen Gemeinschaft zweier Liebenden neues menschliches Leben entstehen zu lassen. Das macht das Wesen von "Ehe" bisher für mich (und auch meine Kirche) aus. Und wenn wir nach der Abstimmung die Ehe weiter und offener definieren, so bleibt dieser Unterschied immer bestehen. Gut, dass gleichgeschlechtliche Paare sich nun an dieser Stelle nicht mehr diskriminiert fühlen müssen. Das ist ein entscheidendes Kriteri-



Interview mit RBB Brandenburg Aktuell zum Thema Ehe für Alle.

um und freut mich sehr. Für die Gemeinschaft von natürlicher Familie aber wird sich ein neuer Name oder Begriff herausbilden, denn der wesentliche Unterschied kann nicht beseitigt werden. Kinder erfahren sowohl bei Adoptionen als auch bei künstlicher Befruchtung durch Samenspender und Austragung durch Leihmütter eine Be-

mächtigung, die ihnen nicht gut tut. Sie haben, auch nach der UN-Menschenrechts- und Kinderkonvention, ein Recht auf ihre natürlichen Eltern und auf Selbstbestimmung. Sie leben nicht für ihre Eltern, Adoptionseltern, Pflegeeltern oder Erzeuger. Sie gehören sich selbst und schenken, wenn alles gut geht, ihre Liebe den Eltern zurück.

Reform der Netzentgelte

Gemeinsam mit meinen Brandenburger Kollegen habe ich mich in den vergangenen Wochen in der CDU/CSU Bundestagsfraktion aktiv für eine bundeseinheitliche Netzentgeltabgabe eingesetzt. Denn die viel höheren Netzentgeltabgaben in den ostdeutschen Ländern habe ich schon immer als sehr ungerecht angesehen. Mit der am Freitag (30.9.2017) im Deutschen Bundestag verabschiedeten Neuregelung werden die Netzentgelte künftig überall in Deutsch-

land gleich hoch und somit gerecht ausfallen. Die stufenweise Angleichung erfolgt von 2019 bis 2022. Dies ist ein klares Zeichen der Großen Koalition für mehr Verteilungsgerechtigkeit bei den Netzentgelten wie auch bei den Kosten der Energiewende. Bislang zahlen Verbraucher in Nord- und Ostdeutschland teils erheblich mehr. Um Industrieunternehmen zu entlasten, sollen im Gegenzug auch die Regelungen für Offshore-Windparks geändert werden - mit Ausnahmen für Großverbraucher.

Nur eine kleine Reform des SGB VIII

Ziel des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG) war eine umfassende Reform des SGB VIII. Dazu war der Entwurf von SPD-Familienministerin Manuela Schwesig leider nicht geeignet. In allen Stellungnahmen der betroffenen Verbände und Gutachter wurde heftige Kritik an vielen Punkten geübt. Einhellig wurde die zu kurz bemessene Zeit für das Studium der Vorlage bemängelt. Aus diesem Grund wird es in dieser Legislaturperiode nur eine kleine Reform geben, in der u.a. die Heimaufsicht und der Schutz der Kinder und Jugendlichen in den Einrichtungen verbessert wird. Auf besonderen Wunsch der Bundesländer wurde eine Regelung eingeführt, wonach diese künftig

Rahmenverträge zur Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen abschließen können.

Leider hat sich die SPD-Fraktion geweigert, wichtige Anliegen der Union mit in das Gesetz aufzunehmen:

1. Die Stärkung der Arbeit mit den Eltern bei Fremdunterbringung ihrer Kinder. Der Anspruch auf Hilfen, die die Eltern darin unterstützen, wieder selbst erziehungsfähig zu werden, war im Gesetzentwurf enthalten, wurde aber auf Druck der SPD-Fraktion gestrichen.
2. Auch für Vormünder die Vorlage eines erweiterten Führungszeugnis zum Schutz vor sexuellem Kindesmissbrauch zu verlangen.
3. Maßnahmen zur Qualitätssicherung von Sachverständi-

gengutachten im Familienrecht einzuführen. Informationen und Ansprechpartner rund um Sachverständigen-gutachten gibt es nur punktuell und oftmals mit begrenzt zuverlässigen Inhalten. Interdisziplinäre und unabhängige Anlaufstellen könnten sachliche und neutrale Informationen für Betroffene und andere Verfahrensbeteiligte bieten und damit einen weiteren sinnvollen und wichtigen Schritt in der Qualitätssicherung von familiengerichtlichen Gutachten leisten.

Die CDU/CSU-Fraktion setzt sich dafür ein, dass in der neuen Legislaturperiode in einer Enquete-Kommission eine wirkliche Reform des SGB VIII in Angriff genommen wird.

Hinter den Kulissen des Bundestages

Zwar sind zwei Wochen eine knapp bemessene Zeit, um ein Arbeitsfeld, vor allem jenes der Politik, auf praktische Weise kennen zu lernen. Nichts desto trotz habe ich dank der Möglichkeit, mich in relevante Sachverhalte einlesen zu können, mit welchen sich die AG Familie und die AG Menschenrechte beschäftigt, und einer engen Einbindung in die Tätigkeiten von Herrn Patzelt und die seiner Mitarbeiter/innen, sowie durch die für mich sehr anregenden Diskussionen, ein großes Pensum an Eindrücken gewinnen können.

Im Rahmen eines Gesprächs mit dem vietnamesischen Menschenrechtler Vu Quoc Dung durfte ich Herrn Patzels Hingabe und Eifer bei der Planung zur Befreiung

seines in Vietnam inhaftierten Patenkindes sowie für die Umsetzung eines wirkungsvollen Verfahrens der Bundesregierung zur Verbesserung der menschenrechtlichen Situation in Vietnam bewundern. Er ist jederzeit bereit, sich mit Anliegen der in seinem Wahlkreis lebenden Bürger und Bürgerinnen unverzüglich auseinanderzu-

setzen und bei Bedarf unterstützende Maßnahmen zu ergreifen.

Ich möchte mich herzlich dafür bedanken, dass ich einen vielseitigen Einblick in die Abläufe von parlamentarischer Arbeit gewinnen durfte, und bedauere, dass ich Herrn Patzelt und sein tolles Team nicht weiter bei ihrer Arbeit begleiten kann. Alexa Möller



Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für
Familie, Senioren, Frauen und
Jugend
Mitglied im Ausschuss für
Menschenrechte und
Humanitäre Hilfe
Mitglied im Unterausschuss
Bürgerschaftliches Engagement

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer
Amei Stock

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu
abonnieren, senden Sie uns
bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

Prävention gegen islamistischen Extremismus

Islamistisch motivierte Terroranschläge in Deutschland sorgen für Verunsicherung in der Bevölkerung. Laut Statistik ist es zwar immer noch 814 Mal wahrscheinlicher durch einen tödlichen Verkehrsunfall zu verunglücken als bei einem Terroranschlag zu sterben.

Dennoch nimmt das Potenzial gewaltbereiter Islamisten in Deutschland laut dem Verfassungsschutz stetig zu. Hinzu kommt, dass aus Deutschland ausgewanderte Personen, die sich salafistischen Gruppierungen in den einschlägigen Kriegsgebieten anschlossen, zu 61 Prozent in Deutschland geboren wurden, womit die politische und gesellschaftliche Sozialisation in erster Linie hier erfolgte.

100 Millionen Euro

Um islamistischen Extremismus entgegenzuwirken, wird für das Jahr 2018 ein „Nationales Präventionsprogramm gegen islamischen Extremismus“ entwickelt, welche die Kooperation und Koordination zwischen Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft in der Präventionsarbeit optimieren soll. Dafür stellt der

Bund hundert Millionen Euro bereit.

Hiermit wird nicht beabsichtigt länderspezifische oder kommunale Konzepte zu ersetzen, jedoch bundesweit vergleichbare Handlungsansätze zu erarbeiten, Praxiserfahrung auszutauschen und durch die engere Zusammenarbeit Lücken in der Präventionsarbeit erkennen und füllen zu können.

Nachhaltige Vorsorge

Einerseits begrüße ich es als einen lobenswerten Ansatz, sich um eine präventive Strategie zu bemühen, welche die Koordinierung und Kooperation zwischen den Akteuren stärken soll, andererseits sehe ich es aus einem differenzierten Betrachtungswinkel, da mit diesem „Strategieheftpflaster“ die Wurzeln des Problems nur oberflächlich abgedeckt werden und somit eine nachhaltige Vorsorge verhindert wird.

Um wirksame Präventionsarbeit zu leisten, ist es meines Erachtens erforderlich, dass insbesondere die Zusammenarbeit zwischen Bund, Länder, Kommu-

nen und Zivilgesellschaft mit den Vertretern der islamischen Religionsgemeinschaften im Vordergrund steht. Darüber hinaus muss ein Rahmen geschaffen werden, in dem ein ständiger Dialog mit den Familien potenzieller Gefährder möglich wird.

Frühkindliche Prägung

Im Hinblick auf die oben angesprochenen in Deutschland geborenen Anhänger salafistischer Gruppierungen sollte besonderes Gewicht auf die frühkindliche Prägung innerhalb der Familie und im Kindergarten gelegt werden, um so die Weichen für die spätere Sozialisierung richtig zu stellen.

Maßnahmen und finanzielle Mittel in diesem Bereich zu konzentrieren könnte entscheidend sein, um die Ursachen einer möglichen islamistischen Radikalisierung präventiv und nachhaltig zu ersticken.